

WALK & More

Thema: Klimawahl



U18 WAHL- LOKAL

RIGHT HERE

**Deutsche
Wanderjugend**
Querallee 41
34119 Kassel

RIGHT NOW

10. - 14.02.2025
09:00 - 18:00 Uhr

**DU hast
eine Stimme
Lass sie
RAUS**



Deutsche
Wanderjugend



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend





Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

der Jahresbeginn ist geprägt von neuen Ideen, guten Vorsätzen und viel Tatendrang. Passend dazu haben wir auch dieses Jahr wieder ein abwechslungsreiches Programm mit der Deutschen Wanderjugend für Euch zusammengestellt. Ich freue mich auf ein spannendes Jahr voller neuer Erlebnisse und hoffe, viele von Euch bei unseren Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.

Früher als gedacht steht am 23. Februar 2025 die Bundestagswahl vor der Tür. Wir alle (wenn wir denn bereits 18 Jahre alt sind) haben die Möglichkeit, aktiv mitzuwirken und unsere Stimme bei der Wahl zum 21. Deutschen Bundestag abzugeben. Meiner Meinung nach tragen besonders die jüngeren Generationen dabei eine große Verantwortung. Es liegt an uns, die Zukunft nachhaltig zu gestalten und die Themen, die uns wichtig sind, in die politische Diskussion einzubringen. Welche Anliegen junge Menschen im Hinblick auf die Bundestagswahl besonders beschäftigen, was es mit der AfD und dem Neutralitätsgebot auf sich hat und welche inklusiven Forderungen es zur Bundestagswahl gibt, erfahrt Ihr in dieser Ausgabe der WALK & more.

Darüber hinaus werfen wir einen Blick zurück auf einige unserer vergangenen Veranstaltungen und geben Euch einen Ausblick auf noch kommende Höhepunkte, wie den Bundeswettbewerb „Jugend wandert“. Zudem gibt es bei der DWJ mehrere ehrenamtliche Posten zu besetzen. Meldet Euch gerne bei uns und arbeitet mit.

Zum Schluss wünsche ich Euch allen ein gesundes, erlebnisreiches und abenteuerliches Jahr 2025.

Sophie Neckel

Sophie (Neckel)

Beiratsmitglied und Hauptjugendwartin PWV

Inhalt

04	Unsere Wünsche - Unsere Wahl
06	#Klimawahl
08	Wahl-ABC
10	Die Schuldenbremse
11	Positionspapier: nachhaltige Mobilität und freiwilliges Tempolimit
14	Kinderrechte ins Grundgesetz
16	Fakten oder Fakes?
18	Inklusive Forderungen
20	Ihr seid gefragt
21	Bundesverband
28	kreuz & quer
30	was uns bewegt

Titelfoto: Torsten Flader

Impressum

WALK & more erscheint vierteljährlich als Jugendzeitschrift der Deutschen Wanderjugend im Verband Deutscher Gebirgs- und Wandervereine e. V.,

Querallee 41, 34119 Kassel

Tel: 0561 400498-0

E-Mail: info@wanderjugend.de

Internet: www.wanderjugend.de, www.jugend-wandert.de,

www.outdoor-kids.de, www.fair-stark-miteinander.de

V. i. S. d. P.: Torsten Flader

Redaktion & Layout: Svenja Misamer, Torsten Flader

Lektorat: Sarah Weiß

Mit Beiträgen von: Annika Kläger, Lillian Schnitzler, Sarah Piekert, Silvia Schuck-Röll, Svenja Misamer, Sophie Neckel, Torsten Flader

Druck: BONIFATIUS GmbH, Paderborn

Redaktionsschluss Sommerausgabe 2025: 15. April 2025

ISSN: 1437-4676

Für Jugendleitungen der DWJ ist die „WALK & more“ kostenfrei.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion des Bundesverbandes der Deutschen Wanderjugend wieder.

Dieses Druckerzeugnis wurde mit dem Blauen Engel gekennzeichnet.



www.blauer-engel.de/uz195

- ressourcenschonend und umweltfreundlich hergestellt
- emissionsarm gedruckt
- überwiegend aus Altpapier

RG4



Druckprodukt mit finanziellem

Klimabeitrag

ClimatePartner.com/53323-2002-1008



Unsere Wünsche - Unsere Wahl

In einem offenen, bundesweiten Prozess hat die DWJ Ende 2024 die Wünsche der DWJ-Aktiven zur Bundestagswahl abgefragt. Aus allen Strukturebenen kamen konstruktive Rückmeldungen, die zu einem Papier zusammengefasst wurden. Dieses bekamen alle Beteiligten für eine finale Überarbeitung und wir freuen uns, dass so ein fundiertes, breit gefächertes Bild der Wünsche zur Bundestagswahl entstanden ist. Die einzelnen Punkte stellen wir Euch hier nun vor:

Der Klimakrise wirkungsvoll entgegenzutreten

„Etlche Jugendliche zeigen sich bestürzt, dass Politik und Gesellschaft Umwelt- und Klimaprobleme immer noch zu häufig ignorierten ...“ 19. Shell Jugendstudie 2024.

Kein Thema wird die zukünftigen Generationen so beschäftigen wie die Klimakrise. Keine Pandemien, Kriege oder Wirtschaftslagen werden einen so großen Einfluss auf Alltagsleben haben wie die Klimakrise. Die Folgekosten werden weit höher sein als die Investitionen, die sofort notwendig sind, um noch Schlimmeres zu verhindern. Wer Menschen, Wirtschaft und Finanzen der Bewältigung der Klimakrise überordnet, wird damit lediglich erzielen, dass die Klimakrise einen Stellenwert erreichen wird, dem sich alles andere unterzuordnen hat. Jegliche Staatsausgaben müssen an die Vereinbarkeit mit der Rettung des Klimas geknüpft werden. Wir benötigen eine massive Förderung und den Ausbau erneuerbarer Energien. Davon ausgeschlossen sind ausdrücklich die Rückkehr zur Atomkraft und Flüssiggas aus Fracking.

Ein Tempolimit auf Autobahnen ist effektiver Klimaschutz. Es ist bewiesen, dass CO₂-Emissionen zur globalen Erderwärmung beitragen. Ein Großteil aller CO₂-Emissionen stammt aus dem Verkehr und der dort noch weit verbreiteten Nutzung fossiler Brennstoffe. Ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen könnte die Treibhausgasemissionen jährlich nach Angaben des Umweltbundesamts um 4,2 Prozent oder rund 6,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr verringern.

Kinder benötigen Schutz und Sicherheit

Dazu gehört als erster und einfachster Schritt die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention; Kinderrechte gehören ins Grundgesetz.

Kinder benötigen dazu eine wirkungsvolle Absicherung, das hätte die Kindergrundsicherung werden können. Wir fordern die nächste Regierung dazu auf, das Bundeskindergrundsicherungsgesetz oben auf ihre Agenda zu setzen und einen wirkungsvollen Maßnahmenkatalog zu beschließen. Schulen sind Lernorte und keine Aufbewahrungsanstalten; Kinder benötigen Freizeit, in der sie freiwillig Angebote von Jugendverbänden oder Sportvereinen wahrnehmen können. Beim Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) sind Jugendverbände als nicht rechtsanspruchserfüllend eingestuft. Jugendverbänden wird durch das GaFöG an Nachmittagen und in Ferienzeiten ein gleichberechtigter Zugang zu Grundschulkindern verwehrt, das muss sich ändern.

Kinder benötigen verstärkten Schutz im digitalen Raum, was vor allem für ihre Persönlichkeitsrechte gilt. Dazu müssen soziale Medien und Digitalkonzerne stärker reguliert werden. In der Schule sollen Kinder und Jugendliche den verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien und Endgeräten lernen und somit Kompetenzen erwerben, die für das Erkennen von gesundheitsgefährdenden Inhalten und Fake News sensibilisieren. Werbung für gesundheitsschädliche Lebensmittel darf es in Medien, die sich an Kinder unter 14 Jahren richten, nicht mehr geben. Firmen, die Alkohol, Nikotin, Vaporizer oder Cannabis vertreiben, sollen mit Marketing und Sponsoring keinen Zugang mehr zu Kindern und Jugendlichen bekommen.

Angesichts der hohen Zahlen psychisch belasteter und erkrankter junger Menschen fordern wir bessere politische Maßnahmen. Die Pandemie wirkt sich heute noch auf Kinder und Jugendliche aus. Darüber hinaus sorgen globale Krisen und politische Unsicherheiten auch für enormen mentalen Druck. Die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen noch lange nicht. Deshalb muss deutlich mehr für Prävention und Therapie getan werden.



Teilhabe und Mobilität für alle

Bei der Deutschen Wanderjugend sind alle willkommen, auch wenn es Kinder und Jugendliche sind, die Einschränkungen und erhöhten Förderbedarf haben. Die DWJ wird immer inklusiver, aber in der Gesellschaft stockt weiterhin die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Die nächste Regierung muss diese endlich vollständig umsetzen.

Viele Mitglieder der DWJ kommen aus dem ländlichen Raum und sind aufs Auto bzw. das Auto ihrer Eltern angewiesen. Wir möchten eine echte Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum, damit Kinder und Jugendliche umweltfreundlich und unabhängig ihre Freizeit gestalten können. Das Deutschlandticket muss kostengünstig erhalten bleiben.

Stärkung des Ehrenamtes

Die vielen Ehrenamtlichen in den Vereinen und Verbänden sind eine wichtige gesellschaftliche Stütze, diese muss weiter gestärkt werden. Wer eine JugendLeitungs-Card (JuLeiCa) erwirbt, sollte dazu kostenlos das Deutschlandticket bekommen. Wer ehrenamtlich tätig ist, sollte von Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen profitieren und die Ehrenamtstätigkeit sollte in entsprechenden Hochschulbereichen und Ausbildungen als Qualifikation anerkannt werden.

Jugend benötigt Lobbyarbeit

Laut der Shell Jugendstudie von 2024 sind die Bereitschaft zu politischem Engagement und das Interesse an Politik gestiegen. Dem sollte bspw. mit der Absenkung des Wahlalters Rechnung getragen werden. Für Jugendliche ab 14 Jahren gilt das Strafgesetzbuch und so sollten auch Jugendliche ab 14 Jahren die Möglichkeit haben, diejenigen zu wählen, die die Gesetze zu verantworten haben. Jugendliche bilden sich fundierte Meinungen und können diese auch in die Bundespolitik einbringen. Viele Verbände und Firmen können sich aufwendige Lobbyarbeit leisten. Davon sind Jugendliche in der Regel ausgeschlossen. Als sehr positives Beispiel ist die „Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zu nennen: Diese Koordinierungsstelle bietet wirkliche Jugendbeteiligung. Aber Jugendliche haben noch deutlich breiteres Wissen und eigene Meinungen über den Klimabereich hinaus. Derlei Koordinierungsstellen sollten in allen Ministerien angesiedelt sein, um der Jugend wenigstens eine Stimme gegen die professionellen Lobbyistengruppen zu geben.

Finanzielle Stärkung der Jugendarbeit

Mit äußerst geringem Budget bewegen die Jugendverbände rund sechs Millionen Jugendliche. Deshalb muss der Kinder- und Jugendplan des Bundes endlich bedarfsgerecht aufgestockt und dynamisiert werden.

Orte der außerschulischen Bildung, wie Wanderheime, Jugendräume und Bildungsstätten, leiden massiv unter einem Investitionsstau. Es sind dringend Fördermittel notwendig, um klimafreundliche Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchführen zu können.

Für die internationale Jugendarbeit werden zusätzliche Gelder benötigt, die klimafreundliche Reisen fördern und vergünstigen.

Einleitung AfD-Verbotsverfahren

Die AfD greift massiv Personen(-gruppen) an, die laut unserer ersten „Leitlinie – Unsere Rechte“ ausdrücklich bei uns willkommen sind. Wichtigste Maxime der Arbeit der DWJ ist es, die uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu schützen. Durch die Positionierung der AfD gegen uns schutzbefohlene Mitgliedsgruppen sehen wir uns verpflichtet, uns schützend vor diese Kinder und Jugendlichen zu stellen und lehnen daher die AfD und ihre Ideologie ab und fordern die Einleitung eines AfD-Verbotsverfahren. Wir sehen es auch als richtungsweisenden Erfolg, wenn zumindest Teile (Landesverbände) der AfD verboten werden.





#Klimawahl

Warum sprechen wir von einer Klimawahl? Weil wir ein umweltorientierter Jugendverband sind. Daraus ergeben sich gleich zwei Verpflichtungen: Erstens wollen wir die Natur erhalten und zweitens wollen wir den Kindern und Jugendlichen, die (hoffentlich) noch viele Jahrzehnte auf diesem Planeten leben, eine lebenswerte Zukunft ermöglichen.

All die Dinge, die gerade die Menschen am meisten belasten, wie die allgemeine Wirtschaftslage, Energiekosten, Lebensmittelpreise oder Migration werden durch den Klimawandel extrem verschärft. Die Maßnahmen, die uns viele Parteien ankündigen, um Wohlstand und Sicherheit zu gewährleisten, sind nur kurzfristige Problemdämpfer. Lösungen sind sie nicht, sie verschieben die Probleme nur ein paar wenige Jahre in die Zukunft. Unsere Mitglieder, die vielen Kinder und Jugendlichen werden in einigen Jahren massiv mit den Problemen und deren Folgen konfrontiert sein, die wir heute nicht lösen.

Klimaschutz ist eine Investition in die Zukunft. Wir können zwar nicht wie bei einer Schuldenuhr sehen, wie viel wir genau im Minus sind, aber wissenschaftliche Forschung zeigt ganz klar auf, dass die Folgekosten unseres zögerlichen Handelns dramatisch sein werden. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung hat 2024 errechnet, dass bis 2050 mit einem weltweiten Einkommensverlust von 19 % zu rechnen ist, nur durch die Folgen des Klimawandels. Das entspricht 38 Billionen Dollar Schaden pro Jahr und das selbst, wenn wir ab sofort die Treibhausgas-Emissionen drastisch reduzieren. Im Vergleich dazu würden uns die Vermeidungskosten zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf zwei Grad nur ein Sechstel dieser Summe kosten.

Ökonomen und Wirtschaftswissenschaftlerinnen sind sich einig: Die Dekarbonisierung (also eine Reduzierung des Verbrauchs fossiler Energieträger) ist kein Wirtschaftshemmnis, sondern erstens unumgänglich und zweitens der einzige Weg für eine dauerhaft florierende Wirtschaft. Die Technologien, die zum Begrenzen der Erderwärmung entwickelt und eingesetzt werden, sind ein Motor für die Wirtschaftsleistung und kein Hemmnis. Allerdings müssen dann auch jetzt deutlich die Weichen gestellt werden. Ein Verbrenner-Aus bei PKW kommt so oder so, einfach deshalb, weil Batterieautos immer günstiger werden und der Markt das dann von selbst regelt. Wenn die Menschen Batterieautos kaufen, weil sie in Anschaffung und Unterhalt günstiger sind, müssen die Hersteller diesen Weg mitgehen. Das Verbrenner-Aus politisch zu stoppen, bedeutet nur, die Wirtschaftstransformation künstlich zu bremsen.

Wissenschaftler verschiedener internationaler Universitäten, u. a. von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, veröffentlichten im letzten Jahr, dass laut ihrer Studie der Sommer 2023 der heißeste seit 2.000 Jahren war. Anhand von Jahresringen aus lebenden Bäumen und aus historischem Bauholz konnten sie Sommertemperaturen errechnen und kamen dabei zu dem Ergebnis, dass der Sommer 2023 2,2 Grad wärmer war als der Durchschnittssommer der vorangegangenen 1.890 Jahre. Dieses Phänomen hat auch nichts mit natürlichen Schwankungen zu tun, sondern ist nachweislich durch die Industrialisierung der Menschheit hervorgerufen und hat erhebliche Folgen.

Eine dieser erheblichen Folgen wird seit Jahren spekulativ diskutiert und das ist der Kipppunkt für die Atlantische Umwälzzirkulation (AMOC). Das klingt jetzt erstmal sehr kompliziert, es geht aber einfach gesagt darum, dass sich Meeresströmungen, die unser Klima maßgeblich bestimmen, verändern. Meeresströmungen werden durch Temperaturen und den Salzgehalt des Wassers bestimmt. Wenn sich nun aber das Meer erwärmt und dazu Polareis abschmelzt, also große Mengen Süßwasser hinzukommen, hat das Auswirkungen auf die Meeresströmungen.



Dass das tatsächlich so ist, konnte 2024 ein Forscherteam der Universität Utrecht mit einem neuen Klimamodell nachweisen. Im schlimmsten Fall kommt es eben zu diesem Kipppunkt und damit dem Zusammenbruch des Strömungssystems, was katastrophale Folgen nach sich zöge. Zu diesem Strömungssystem gehört auch der Golfstrom, der maßgeblich das Klima Nordeuropas bestimmt. Ein Abreißen des Golfstroms würden eine Absenkung der Wintertemperaturen in Nordeuropa um 10 bis 30 Grad bedeuten. Die veränderte Meeresströmung würde auf der Südhalbkugel dagegen zu einer noch schnelleren Erwärmung führen.

Das Hauptproblem dieser wissenschaftlichen Warnungen ist, dass sie kaum Einzug in die Medien halten. Für die meisten Menschen ist das zu weit weg und zu komplex. Leider basieren die wissenschaftlichen Ergebnisse aber auf realen Beobachtungen und Messwerten. Daran ändert auch das lauteste Wahlkampfgetöse nichts. Ein Stück weit zu spät ist es schon, aber noch Schlimmeres lässt sich verhindern. Das geht aber nur, wenn die Politik sich auf das Wesentliche besinnt und massiv in die Rettung unseres Klimas investiert. Deshalb schaut, welche Parteien sich um unsere Zukunft sorgen, und geht zur Klimawahl.

△ Text und Foto: Torsten Flader

Wir sind europäisch

Warum Europa? Diese Frage beschäftigt die Deutsche Wanderjugend nicht erst jetzt, bereits vor Jahrzehnten nahmen sich junge Menschen Europa und der europäischen Wanderziele an. 2019 haben wir dies auch als Beschluss zu Papier gebracht. In einem Absatz heißt es: „Europa ist für uns junge Menschen kein Projekt mehr, sondern eine Lebensrealität.“ Genau das ist unser Wir-Gefühl. Das bedeutet, eine starke Gemeinschaft verbindet Freundschaften und gemeinsame demokratische Ziele. Nachzulesen ist die Positionierung auf www.wanderjugend.de im Reiter „Themen“ unter „Positionen und Beschlüsse“.

Vielleicht kann man die Gemeinschaft „Europa“ auch als Friedensprojekt sehen. Die Geschichte hat uns in der Hinsicht gezeigt und gelehrt, dass eine starke Gemeinschaft dazu beitragen kann. Jedoch sind genau dieser Frieden und die Gemeinschaft momentan in Gefahr. Umso wichtiger, dass wir uns als Gemeinschaft in Europa zusammenschließen, unsere Werte vertreten und Kriege verhindern. Europa und unsere Generationen stehen in der Hinsicht vor sehr großen Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, sich noch mehr zu Europa zu bekennen.

Seit 1969 sind auch die europäischen Wandervereine in der Europäischen Wandervereinigung (EWW) miteinander verbunden. Einige Lesende werden sich jetzt sicher an die Gründung in Deutschland erinnern. Als Dachverband umfasst die EWW mittlerweile 65 Mitgliedsvereine aus 35 europäischen Ländern. Auch hier sind wir eine starke Gemeinschaft aus Freundschaften, die bereits seit über 50 Jahre besteht. Auch mit den Europäischen Jugendzielen (Youth Goals), die mit Kindern und Jugendlichen aus ganz Europa entwickelt wurden, identifizieren wir uns.

Die elf Jugendziele sind:

1. Die EU mit der Jugend zusammenbringen
2. Gleichberechtigung aller Geschlechter
3. Inklusive Gesellschaften
4. Information und konstruktiver Dialog,
5. Psychische Gesundheit und Wohlbefinden
6. Jugend im ländlichen Raum voranbringen
7. Gute Arbeit für alle
8. Gutes Lernen
9. Räume und Beteiligung für alle
10. Ein nachhaltiges Europa
11. Jugendorganisationen und Jugendprogramme



Besonders stolz sind wir darauf, dass wir durch unsere Bildungsreferentin Svenja Misamer im Jugendbeirat von JUGEND für Europa, der Nationalen Agentur für die EU-Programme Erasmus+ Jugend (incl. DiscoverEU), Erasmus+ Sport und das Europäische Solidaritätskorps, vertreten sind. Hier besteht der Beirat aus 20 jungen Menschen zwischen 16 und 30 Jahren aus verschiedenen Strukturen und Verbänden. Aufgabe des Beirats ist es, beratend tätig zu sein, um die Projekte ERASMUS+ und das Europäischen Solidaritätskorps weiterzuentwickeln. Näher nachzulesen unter: www.jugendfuereuropa.de.

Abschließend kann man die Frage „Warum Europa?“ nochmal ganz klar beantworten: Weil wir so gemeinsam für Frieden und Völkerverständigung eintreten können.

△ Text: Silvia Schuck-Röll



Wahl-Abc

- A Ausgleichsmandate:** Wenn eine Partei durch die Erststimme mehr Sitze bekommt, als ihr eigentlich über die Zweitstimme zustehen würden, dürfen diese Personen trotzdem in den Bundestag einziehen, dafür bekommen aber andere Parteien zusätzliche Sitze über die sogenannten Ausgleichsmandate.
- B Bundestagswahl:** Findet in der Regel alle vier Jahre statt. Gewählt werden Abgeordnete aus verschiedenen Parteien, die dann den Kanzler wählen (das Amt heißt laut Grundgesetz „der Kanzler“, daher hier Formulierung ohne Gender*).
- C CDU / CSU-Fraktion:** Ist eine Besonderheit in der deutschen Parteienlandschaft; zwei unabhängige Parteien schließen sich zu einer Fraktion zusammen. Das funktioniert vor allem, da die CSU in keinem anderen Bundesland als Bayern antritt, die CDU in allen anderen Bundesländern, aber nicht in Bayern. CDU und CSU treten also nicht gegeneinander an.
- D Direktmandat:** Die Person, die in einem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhält, ist direkt in den Bundestag gewählt.
- E Erststimme:** Dient dazu, eine Person zu wählen. Die Person mit den meisten Stimmen in einem Wahlkreis zieht direkt in den Bundestag ein.
- F Fraktionen:** Üblicherweise bilden die Bundestagsabgeordneten einer Partei eine Fraktion. Fraktionen haben zusätzliche parlamentarische Rechte. Oft herrscht in ihnen Fraktionsdisziplin (auch Fraktionszwang genannt). Das bedeutet, die Mitglieder einer Fraktion stimmen einheitlich ab. Dies geschieht bei fast allen Abstimmungen, darf aber nicht vorgeschrieben werden, da es sonst verfassungswidrig wäre.
- G Grundgesetz:** Das ist die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und enthält die Grundrechte. Artikel 38 enthält das Wahlrecht und sichert allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen zu.
- H Hochrechnung:** Wenn am Wahlabend bereits Stimmen ausgezählt sind, werden anhand von Wahlbezirken, die bei der vorangegangenen Wahl das Endergebnis möglichst exakt widerspiegeln, Hochrechnungen für alle Wahlbezirke erstellt.
- I Inklusion:** Allen Menschen, die wahlberechtigt sind, muss eine Stimmabgabe ermöglicht werden. In Wahllokalen gilt daher Barrierefreiheit. Blinde Menschen bekommen eine Schablone, die sie auf den Wahlzettel legen und mit deren Hilfe sie ihre Stimme abgeben können.
- J Jugendwahl U18:** Da viele Kinder und Jugendliche eine Meinung zum politischen Geschehen in Deutschland haben, diese Meinung aber nicht in Form einer Wahlbeteiligung äußern dürfen, gibt es die U18-Wahlen. Bei diesen dürfen alle Kinder und Jugendlichen wählen und somit ihren Interessen eine Stimme geben.
- K Kanzler:** Wird nicht direkt von den Wähler*innen gewählt, sondern vom Deutschen Bundestag. Der Kanzler ist Regierungschef*in, aber nicht Staatsoberhaupt. Das höchste Amt in Deutschland ist das des Bundespräsidenten, gefolgt von dem Bundestagspräsidenten und dem Bundesratspräsidenten, erst an vierter Stelle kommt der Kanzler (die Ämter heißen laut Grundgesetz „der Kanzler“, „der Bundespräsident“, „der Bundestagspräsident“, „der Bundesratspräsident“, daher hier Formulierung ohne Gender*).
- L Legislaturperiode:** Ist die Zeit zwischen zwei Wahlen, bei Bundestagswahlen in der Regel vier Jahre.
- M Mandat:** Wer in den Bundestag einzieht, soll die Interessen seiner Wähler*innen vertreten. Dieser Auftrag wird als Mandat bezeichnet.
- N Nichtwahl:** Ist die einzige Möglichkeit, sich der Stimme zu enthalten. Auf den Wahlzetteln ist keine Enthaltung vorgesehen, wer selbst auf den Wahlzettel „Enthaltung“ schreibt, enthält sich nicht, sondern macht seine Stimme ungültig. Enthaltungen führen aber dazu, dass die anderen Stimmen mehr Gewicht bekommen, man wertet also durch Nichtwahl / Enthaltung die abgegebenen Stimmen auf.
- O Opposition:** Die Opposition bilden die Parteien im Deutschen Bundestag, die nicht an der Regierung beteiligt sind. Ihr fällt die wichtige Aufgabe zu, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren, und sie kann auch eigene Gesetzesvorschläge einbringen.
- P Prognose:** Am Wahltag werden vor repräsentativ ausgewählten Wahllokalen Personen befragt, wie sie gewählt haben. Diese Umfrageergebnisse werden am Wahlabend um 18.00 Uhr als Prognose veröffentlicht.



- Q Quotenregelung:** Gibt es vor allem für die Besetzung von Parteiämtern und Wahllisten durch Frauen. Die Grünen haben seit ihrer Gründung die Vorgabe, dass 50 % der Parteiämter durch Frauen besetzt sein müssen. Die SPD erhöhte 1998 ihre Frauenquote auf 40 %. In der CDU gilt bei Vorständen ab Kreisebene eine Frauenquote von 40%, die Mitte 2025 auf 50 % erhöht werden soll. Die Partei Die Linke hat eine Quote von 50 %. Die FDP lehnt eine Quote ab. Die AfD lehnt eine Quote als verfassungsfeindlich ab und brachte dazu 2019 einen Gesetzesentwurf in den Bundestag ein, der Quotenregelungen bei der Aufstellung von Wahllisten verbieten sollte. Der Entwurf wurde von allen anderen Parteien im Bundestag abgelehnt.
- R Reihenfolge:** Die Reihenfolge der Parteien auf den Wahlzetteln zur Bundestagswahl unterscheidet sich tatsächlich von Bundesland zu Bundesland. Entscheidend ist das Ergebnis der Parteien im jeweiligen Bundesland bei der letzten Bundestagswahl. Wer die meisten Stimmen hatte, steht oben. Parteien, die 2017 nicht zur Wahl standen, folgen anschließend in alphabetischer Reihenfolge.
- S Stimmabgabe:** Ist am Wahltag im Wahllokal möglich, dabei ist ein Ausweisdokument (Personalausweis, Reisepass) mitzuführen. Eine andere Möglichkeit ist die Briefwahl. Die Briefwahlunterlagen können postalisch, per E-Mail und über das Internet kostenlos angefordert und kostenlos zurückgesendet werden. Telefonisch ist das nicht möglich. Eine weitere Möglichkeit ist, die Briefwahlstellen aufzusuchen. Die Briefwahlstellen befinden sich in den Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen / Rathäusern. Dort ist es möglich, sich die Briefwahlunterlagen persönlich auszuhändigen zu lassen. Es ist auch möglich, diese direkt auszufüllen und in eine Wahlurne einzuwerfen.
- T Termine im Regelfall:** Bis 97 Tage vor der Wahl können Parteien beim Bundeswahlleiter ihre Teilnahme melden. Bis zum 69. Tag vor der Wahl müssen die Parteien ihre Landeswahllisten bei den Landeswahlleitungen und die Namen der Direktkandidat*innen bei den Kreiswahlleitungen einreichen. Bis zum 21. Tag vor der Wahl müssen alle Wahlberechtigten benachrichtigt sein. Durch die vorgezogene Bundestagswahl sind die Fristen 2025 verkürzt. Am Wahltag ist die Stimmabgabe von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr möglich. Bis 15.00 Uhr am Wahltag können Briefwahlunterlagen angefordert werden. Bis zum 30. Tag nach der Wahl muss die konstituierende Sitzung des neugewählten Bundestages stattgefunden haben.
- U Überhangmandate:** Wenn eine Partei durch die Direktwahl mit der Erststimme mehr Kandidat*innen in den Bundestag entsenden kann, als ihr per Zweitstimme zustehen, nennt man diese zusätzlichen Vertretungen Überhangmandate.
- V Vertrauensfrage / Vorzeitige Auflösung des Bundestages:** Der Bundestag hat kein Recht, sich selbst aufzulösen. Eine Auflösung des Bundestages ist nur möglich, wenn die Kanzlerwahl scheitert oder wenn der Bundeskanzler die Vertrauensfrage stellt und damit scheitert. Das bedeutet, der Bundeskanzler lässt darüber abstimmen, wer sie oder ihn unterstützt. Wenn die Mehrheit die Unterstützung verweigert, kann der Bundeskanzler den Bundespräsidenten um Auflösung des Bundestages bitten. Der Bundespräsident hat drei Wochen Zeit, darüber zu entscheiden, muss aber nicht den Bundestag auflösen, es gibt auch die Möglichkeit für ein konstruktives Misstrauensvotum, in dem Fall wählt der Bundestag einen neuen Bundeskanzler (die Ämter heißen laut Grundgesetz „der Kanzler“, „der Bundespräsident“, daher hier Formulierung ohne Gender*).
- W Wahlscheine:** Erhalten alle, die ins Wähler*innenverzeichnis eingetragen und damit wahlberechtigt sind. Dies sind in der Regel alle deutschen Staatsangehörigen ab 18 Jahren. Sie erhalten postalisch ihren Wahlschein
- X X:** Wie Kreuz-machen. Jede Stimme zählt. Geh wählen und nutze Deine Rechte.
- Y YouGov:** Ist ein britisches Meinungsforschungsinstitut, das auch im Vorfeld der Wahlen zum Deutschen Bundestag Umfragen zu den Wahlergebnissen erstellt. Andere Meinungsforschungsinstitute sind Allensbach, Kantar (Emnid), Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, GMS, Infratest dimap und INSA.
- Z Zweitstimme:** Damit wird eine Parteiliste gewählt. Je mehr Stimmen eine Partei bekommt, desto mehr Personen von der Liste ziehen in den Deutschen Bundestag ein. Die Vergabe erfolgt von Listenplatz eins an absteigend.

△ Text: Torsten Flader



Die Schuldenbremse – Investitionsstopp im Namen der Jugend?

In den letzten Jahren gab es kaum ein großes Projekt, über dessen Finanzierung in der Ampelregierung nicht ausführlich gestritten wurde. Vieles wurde beschnitten oder kam nicht zur Umsetzung, denn es galt, die Schuldenbremse einzuhalten.

Doch was ist das eigentlich, diese Schuldenbremse? Die Schuldenbremse steht im Grundgesetz und verbietet den Ländern eine strukturelle, also von der Konjunktur unabhängige, Neuverschuldung. Der Bund darf nur maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes als Kredite neu aufnehmen.

Die Weltfinanzkrise 2007 bis 2008 führte dazu, dass der deutsche Staat die privatwirtschaftlichen Verluste auffing und für ein Rettungs- und ein Konjunkturprogramm rund 450 Milliarden Euro an Kredit aufnahm. Wegen der hohen Schulden des Bundes und der Länder beschloss die Bundesregierung 2009 die Einführung der Schuldenbremse, die ab 2016 in Kraft trat.

Was kam schon so zusammen, von welcher Verschuldung reden wir? Ende Januar 2025 betrug die deutsche Staatsverschuldung rund 2.500 Milliarden Euro. Im Vergleich dazu betrug Ende 2024 das Geldvermögen der privaten Haushalte 9.004 Milliarden Euro. Mit Geldvermögen sind Bargeld, Bankeinlagen, Wertpapiere oder Investmentfonds gemeint, keine Gebäude. Deutschland als Staat hat damit zwar hohe Schulden, aber auch eine sehr reiche Bevölkerung. Das Hauptproblem liegt aber in der Verteilung, da es immer mehr Menschen gibt, die in Armut leben oder an der Armutsgrenze, während die reichsten 10 % der Bevölkerung immer reicher werden.

Deutschland muss sich zukunftsfähig aufstellen, aber viele Prozesse werden gestoppt und gar nicht erst angestoßen wegen des fehlenden bzw. falsch verteilten Geldes. Das Hauptproblem dabei besteht darin, dass Deutschland investieren muss, um sich zukunftsfähig aufzustellen. Kosten, die wir heute sparen, werden deutliche höhere Folgekosten in der Zukunft nach sich ziehen. Das Argument, der Jugend keine Schulden hinterlassen zu wollen, ist daher lediglich ein Scheinargument, denn der Preis für weniger Schulden ist ein massiver Investitionsstau. Für eine intakte Umwelt und eine lebenswerte Zukunft muss aber massiv in Klimaschutzmaßnahmen investiert werden. Eine etwas geringere Staatsverschuldung hilft zukünftigen Generationen in verdorrten oder überfluteten Landschaften sehr wenig.

Ob Bildung, Verkehrsinfrastruktur, Telekommunikation, Energieversorgung oder Lebensmittelproduktion, in allen Bereichen sind Investitionen notwendig, um sich nachhaltig und damit zukunftsfähig aufzustellen. Dazu sind hohe Geldsummen erforderlich, die nur über Steuern oder Schulden gedeckt werden können. Eine gute und gerechte Steuerpolitik ist ein wichtiger Schritt, um dem Staat mehr Handlungsmöglichkeiten zu geben. Aber auch die Neuverschuldung darf kein Tabu sein. Ohne Schulden ist es immer besser, aber wenn die großen Transformationsprozesse, vor denen wir stehen, nicht anders bewältigt werden können, dann darf die Schuldenbremse das nicht verhindern. Vor allem nicht im Namen der Kinder- und Jugendlichen, für die diese Investitionen (über-)lebenswichtig sind.

△ Text: Torsten Flader

Tempolimit

Die Debatten um ein deutschlandweites Tempolimit sind in den aktuellen Wahlkampfzeiten wieder neu entfacht. Wir haben bereits auf unserer BDV im letzten Frühjahr ein Positionspapier genau zu diesem Thema bearbeitet und einstimmig beschlossen. Gemeinsam mit dem Deutschen Wanderverband geht es für uns nun an die politische Umsetzung. Unser Positionspapier findet Ihr in voller Länge auf der nächste Seite oder auch online unter folgendem QR-Code:





Positionspapier der DWJ: nachhaltige Mobilität und freiwilliges Tempolimit (120 km/h) bei DWJ-Fahrten

Beschluss

Alle Mitglieder der Deutschen Wanderjugend sind verbunden durch die Überzeugung, dass es unser Klima und unsere Umwelt zu schützen gilt (s. Leitbild der DWJ). Als Jugendverband mit einer langen Tradition auf dem Feld Nachhaltigkeit möchten wir dies in verschiedenen Formen ökologischen Handelns ausdrücken (s. DWJ-Nachhaltigkeitserklärung 2015). Besonders wichtig ist uns dabei die nachhaltige Mobilität.

Daher beschließt die Bundesdelegiertenversammlung der Deutschen Wanderjugend folgende Klimaschutzmaßnahmen:

1. Grundsätzlich empfehlen wir die Nutzung nachhaltiger Fortbewegungsmittel.

Bei DWJ-bezogenen Fahrten, die per PKW erfolgen müssen, gilt ein freiwilliges Tempolimit von maximal 120 km/h.

2. Der Bundesjugendbeirat und die DWJ Bundesgeschäftsstelle unterstützen dieses Vorhaben und werden beauftragt:

- Bei der Auswahl zukünftiger Tagungsorte die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu priorisieren.
- Vor unseren Erwachsenenstrukturen eine Selbstverpflichtung zum Tempolimit einzubringen.
- Öffentlichkeitswirksam die Selbstverpflichtung zu publizieren und diese Position an politische Entscheidungspersonen heranzutragen.

Begründung

Die Einführung des oben beschriebenen Tempolimits sowie der begleitenden Maßnahmen hätten mehrere positive Effekte auf verschiedenen Ebenen, die wir mittels dieses Antrags aktiv in die öffentliche Debatte einbringen möchten.

Tempolimit ist Klimaschutz

Es ist bewiesen, dass CO₂-Emissionen zur globalen Erderwärmung beitragen. Ein Großteil aller CO₂-Emissionen stammen aus dem Verkehr und der dort noch weit verbreiteten Nutzung fossiler Brennstoffe. Ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen könnte die Treibhausgasemissionen jährlich nach Angaben des Umweltbundesamts um 4,2 Prozent oder rund 6,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr verringern.

Mittlerweile setzen sich viele Initiativen und Bündnisse für das Tempolimit ein, wie zum Beispiel die Deutsche Umwelthilfe. Diese hebt hervor, dass keine andere Einzelmaßnahme im Verkehrsbereich ein so großes CO₂-Einsparpotential birgt, welches kurzfristig und so gut wie kostenlos umsetzbar ist.

Tempolimit schützt Leben

Es besteht ein Zusammenhang zwischen Geschwindigkeit, Unfallhäufigkeit und vor allem auch der Unfallintensität. Die Einführung eines Tempolimits würde nachweislich zu weniger Toten und Verletzten auf deutschen Straßen führen. Die Reduktion der Geschwindigkeit bewirkt gleichzeitig auch eine Reduktion von Unfällen (BUND Kurzinfo 2019). Dies ist nur einer vieler Faktoren, die unser aller Lebensqualität beeinflussen kann. Von einem Tempolimit kann auch die Luftqualität durch Feinstaubbelastung^[1] positiv beeinflusst werden sowie das Fahren für viele stressfreier gemacht werden.

Tempolimit als Zeichen für den Klimaschutz

Obwohl es bereits seit den 1990er-Jahren deutschlandweite Debatten zum Tempolimit gibt, polarisiert das Thema nach wie vor. Laut einer Onlineumfrage vom Mai 2023 sind rund 54 Prozent aller ADAC-Mitglieder für ein generelles Tempolimit, was wir als deutliche Aufforderung zur Neuverhandlung des Themas verstehen. Wir möchten uns mit diesem Antrag der Mehrheit anschließen, indem wir uns ganz deutlich und öffentlichkeitswirksam für ein Tempolimit positionieren. Gleichzeitig möchten wir die Tempolimit-Debatte nutzen, um auf die damit verbundenen Interessen unserer Mitglieder aufmerksam zu machen. Dazu zählt der deutschlandweite Ausbau nachhaltiger Infrastrukturen, die eine realistische Alternative sein müssen. Für einen Jugendverband, der Umweltschutz fest in seinem Leitbild verankert, ist es nicht nur logische Konsequenz, sondern auch moralische Verpflichtung, mit diesem Antrag ein deutliches Zeichen für eine nachhaltigere Zukunft zu setzen.

[1] Fast jede zweite Person in Deutschland lebt in max. 5 km Entfernung einer Autobahn und würde direkt von besserer Luft profitieren (Bauernschuster & Traxler 2021).

Ohne Gegenstimmen beschlossen bei der Bundesdelegiertenversammlung 2024 in Heidelberg.



Die Haltung der DWJ zur AfD

Als Jugendverband, der eine tolerante und offene Weltanschauung vertritt und sich für Demokratie und Umweltschutz einsetzt, sehen wir uns in der Pflicht, uns gegen die AfD zu positionieren.

Grund für diese Positionierung sehen wir vor allem in unseren drei innerverbandlichen Handlungssäulen.

Unsere Satzung besagt über die DWJ:

§ 3 Ziele und Aufgaben

- (2) Sie will die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen insbesondere im Hinblick auf ihr soziales, ökologisches und demokratisches Denken und Handeln fördern.
- (4) Sie pflegt den Natur- und Umweltschutz, die musische und kulturelle Arbeit, die Beschäftigung mit Jugend- und Gesellschaftspolitik sowie die Völkerverständigung.
- (6) Die DWJ ist weder parteipolitisch noch konfessionell gebunden.

Diese Satzungsziele werden durch unsere zweite Säule, das Leitbild der DWJ, ergänzt, in dem einer der vier Schwerpunkte lautet „demokratisches und soziales Handeln fördern“, womit Kompetenzentwicklung für Toleranz und Zivilcourage hervorgehoben wird.

Das heißt, die DWJ ist zwar parteipolitisch ungebunden, hat aber einen klaren Auftrag, aktiv für den Erhalt unserer Demokratie und deren Werte einzustehen. Dazu gehört auch, sich gegen politische Akteure zu positionieren, die aus unserer Sicht diesen Werten entgegenstehen.

Besonders deutlich wird das bei unserer dritten Säule, dem Schutzkonzept **FAIR. STARK. MITEINANDER.**, die erste „Leitlinie – Unsere Rechte“, die besagt:

Alle sind willkommen!

Alle Personen dürfen mitmachen.

Es ist zum Beispiel egal:

- ob ich Mitglied bin
- welche Religion ich habe
- welche Hautfarbe ich habe
- was mein Geschlecht ist
- ob ich Einschränkungen habe
- woher ich komme
- ...

Nicht willkommen sind rassistische Äußerungen, denn bei uns sind alle willkommen.

Die AfD greift massiv Personen(gruppen) an, die laut unserer ersten „Leitlinie – Unsere Rechte“ ausdrücklich bei uns willkommen sind. Wichtigste Maxime der Arbeit der DWJ ist es, die uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu schützen. Durch die Positionierung der AfD gegen uns schutzbefohlene Mitgliedsgruppen sehen wir uns verpflichtet, uns schützend vor diese Kinder und Jugendlichen zu stellen und gegen die AfD vorzugehen.

Darf die DWJ sich so positionieren? Das Argument der politischen Neutralität

Ja, die DWJ darf das und sieht sich sogar dazu verpflichtet.

Es heißt oft, als Jugendverband unterliege man einem Neutralitätsgebot oder gar einer Neutralitätspflicht, diese gilt aber nur für staatliche Organe. Eine staatliche Finanzierung und Gemeinnützigkeit hat darauf keine Auswirkung. Zudem kann sich eine politische Neutralität nur im Rahmen des Grundgesetzes und der damit geltenden demokratischen Grundsätze bewegen. Wenn eine Partei sich aber ganz offensichtlich am Rande dieses Rahmens bewegt und die Grenzen vermeintlich überschreitet, ist es gerade ein Gebot der Neutralität, eine Grenze zu ziehen.

Dazu ist im Sozialgesetzbuch VIII geregelt, wie Jugendverbände gefördert werden müssen: „Die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen ist unter Wahrung ihres satzungsgemäßen Eigenlebens nach Maßgabe des § 74 zu fördern.“

Die DWJ kommt bei ihrer politischen Arbeit ihren Satzungszielen nach, was rechtlich nicht nur gesichert, sondern auch verlangt wird. Dabei handelt die DWJ parteipolitisch unabhängig. Sich aus sachlichen Gründen gegen eine Partei zu wenden, wie in diesem Fall die AfD, ist eine Notwendigkeit und hat nichts mit der grundsätzlichen Unabhängigkeit zu tun.

Weitere Informationen zum Thema Neutralität:

<https://www.sport-mit-courage.de/neutralitaet-im-sport>

<https://www.dbjr.de/artikel/handreichung-zum-mythos-neutralitaetsgebot-veroeffentlicht>

https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2024/23/NL_23_2024_Druckker.pdf



Kann eine Positionierung gegen die AfD nicht das Handeln vor Ort erschweren?

Häufig besteht die Sorge, dass eine Positionierung gegen die AfD zu Problemen führen kann, die die eigene Handlungsfähigkeit einschränkt oder sich auf Fördermittel negativ auswirkt. Diese Sorge ist berechtigt, denn das ist schon seit Jahren Realität.

Dazu benötigt es von vielen Verbänden oder Einrichtungen nicht einmal eine namentliche Positionierung gegen die AfD. Es reichten in Jugendverbänden und in der offenen Kinder- und Jugendhilfe oft schon Positionen, die der AfD unliebsam sind, um massive Angriffe seitens der AfD hervorzurufen. Das beginnt mit sog. parlamentarischen Anfragen, durch die sich Jugendverbände für ihr Handeln rechtfertigen müssen, was dann mit erheblichem personellem und zeitlichem Aufwand einhergeht. Weiter wird das Instrument der Förderung gerne genutzt, um vor allem Behörden, die über die Mittelvergabe entscheiden, zu verunsichern, und somit Kürzungen oder sogar Streichungen zu erreichen. Vor allem aber sahen sich Einrichtungen vor Ort und deren haupt- und ehrenamtliches Personal häufig mit direkten Anfeindungen und Einschüchterungen konfrontiert, die nicht selten außerhalb der Einrichtung im Privaten weitergeführt wurden.

Je mehr Macht die AfD erlangt, umso mehr werden die Einschränkungen auf die freie Kinder- und Jugendarbeit um sich greifen. Daher geht es jetzt darum, sich klar zu positionieren, um unsere demokratischen Strukturen zu bewahren.

Die AfD als Ganzes sowie ihre Landesverbände werden vom Verfassungsschutz als rechtsextremistische Verdachtsfälle eingestuft, wobei mehrere Landesverbände bereits als gesichert rechtsextrem und damit verfassungsfeindlich eingestuft sind.

Weiterführende Literatur:

Ein Buch, in dem sich Prof. Benno Hafener u. a. damit beschäftigt, wie die AfD mit über 700 parlamentarischen Interventionen versucht, die Jugend- und Bildungspolitik zu verändern, kann in der DWJ-Bundesgeschäftsstelle ausgeliehen werden:

<https://www.wochenschau-verlag.de/Die-AfD-und-die-Jugend/41164>

Eine große Studie, wie sich rechtsextreme Politik in die offene Kinder- und Jugendarbeit einmischt, findet sich hier: <https://www.offene-jugendarbeit.net/index.php/projekte/stay-with-the-trouble>

△ Text : Torsten Flader

DWJ by Bike

600 km. Eine Woche. Auf zwei Rädern.

Termin: 16. - 24.05.2025

Ort: Startpunkt: Donaueschingen, Ziel: Passau

Teilnehmende: mind. 5 Personen ab 16 Jahren





Kinderrechte ins Grundgesetz

Die UN-Kinderrechtskonvention wurde 1989 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet, wurde auch von Deutschland ratifiziert und trat 1992 in Kraft. In 54 Artikeln werden Kinderrechte und Mindeststandards zum Wohle von Kindern festgeschrieben, gemeint sind dabei Kinder und Jugendliche von 0 bis 18 Jahren.

Da Kinder wenige Möglichkeiten haben, für ihre Rechte einzutreten, bspw. haben sie kein Wahlrecht, müssen ihre Rechte besonders hervorgehoben werden. Dies ist vor allem auch notwendig, um sicherzustellen, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Verwaltung und Gesetzgebung systematisch berücksichtigt werden.

Der UN-Kinderrechtsausschuss hat Deutschland bereits vier Mal (1995, 2004, 2014 und 2022) aufgefordert, die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen, was immer noch nicht passiert ist. Der UN-Kinderrechtskonvention sind 196 Staaten beigetreten, mehr als jeder anderen UN-Konvention.

Kinderrechte werden in drei Gruppen eingeteilt: Schutzrechte, Förderrechte und Beteiligungsrechte. Damit Ihr einen Eindruck bekommt, was die Kinderrechte sind, haben wir Euch hier zehn wichtige Kinderrechte aufgelistet:

- Recht auf freie Meinungsäußerung und Beteiligung
- Recht auf Gesundheit und eine saubere Umwelt
- Recht auf Bildung
- Recht auf Spiel und Freizeit
- Recht auf Gleichheit
- Recht auf gewaltfreie Erziehung
- Recht auf Schutz vor wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung
- Recht auf elterliche Fürsorge
- Recht auf besondere Fürsorge und Förderung bei Behinderung
- Recht auf Schutz im Krieg und auf der Flucht





Kinder benötigen spezielle Rechte, da sie besonders schutzbedürftig sind und ihnen sichere Entwicklungsmöglichkeiten garantiert werden müssen. Deshalb basiert die UN-Kinderrechtskonvention auf vier Prinzipien:

1. Diskriminierungsverbot: Alle Kinder haben das Recht, frei von jeglicher Form der Diskriminierung zu sein.
2. Recht auf Leben und persönliche Entwicklung: Kinder haben das Recht auf Leben, Überleben und persönliche Entwicklung sowie Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung.
3. Beteiligungsrecht: Kinder haben das Recht, an Entscheidungen teilzuhaben, die ihr eigenes Leben betreffen.
4. Kindsvorvorrang: Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, soll stets das Wohl des Kindes im Vordergrund stehen.

Sicherlich ist vielen aufgefallen, dass die Kinderrechte und Prinzipien eine große Schnittmenge mit den „Leitlinien – Unsere Rechte“ des Schutzkonzeptes FAIR.STARK.MITEINANDER haben, was natürlich einen Grund hat. Der DWJ sind die Rechte und das Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen sehr wichtig, weshalb bei der Entwicklung der „Leitlinien – Unsere Rechte“ besonders auf die Kinderrechte geachtet wurde.

Leider erfahren wir gerade im Bundestagswahlkampf 2025, dass einer Reihe Politikerinnen und Politikern die universellen Kinderrechte nicht wichtig sind. Anträge werden gestellt, um eine der höchsten Errungenschaften des vereinten Europas, die offenen Grenzen, zu schließen. Dabei bleibt das Kindwohl komplett auf der Strecke, denn gerade Kinder auf der Flucht sind besonders verletzlich. Knapp ein Drittel der Personen, die Asyl beantragen, sind unter 18 Jahre alt. Wenn Kinder schon in extremer Not sind, sollten sie nicht noch zusätzlichen Gefahren ausgesetzt werden. Die Rechte von Kindern müssen bei allen migrationspolitischen Überlegungen im Vordergrund stehen.

Als Jugendverband ist uns das Kindwohl wichtig. Auch gibt es viele Organisationen, die zum Hauptzweck haben, Kinder zu schützen. Deshalb haben wir uns mit diesen Organisationen zum „Netzwerk Kinderrechte zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention“ oder kurz „Netzwerk Kinderrechte“ (internationaler Titel: National Coalition Deutschland) zusammengeschlossen. Im Netzwerk Kinderrechte arbeiten wir gemeinsam daran, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern und Minderjährige zu stärken und zu schützen. Schaut bei der Bundestagswahl genau hin bzw. fragt nach, wer von denen, die bei Euch zur Wahl stehen, auf unserer Seite sind und die Kinderrechte im Grundgesetz verankern möchten.

△ Text und Foto: Torsten Flader

Unsere nächsten Outdoor-Kids-Lehrgänge

- 22.03.2025 in der Pfalz
- 10.05.2025 in der Region Ulm
- 18.10.2025 im Harz





Deutsche Wanderjugend veranstaltet Trekkingtour auf dem Mars

Fakten oder Fakes? So erkennst Du Falschnachrichten

Sind Dir schon einmal Nachrichten, wie hier oben, begegnet, die zu seltsam klangen, um wahr zu sein?

Bei der großen Menge an Informationen, die uns im Alltag begegnen, ist es manchmal gar nicht so einfach, den Überblick zu behalten und die Absichten zu erkennen, die hinter einer Information stecken. Denn nicht jede Nachricht, die Du liest oder hörst, ist auch wirklich wahr. Seit ein paar Jahren gibt es einen neuen Ausdruck für das Phänomen von Falschnachrichten: Fake News.

Warum ist der Begriff gerade jetzt, auch im Hinblick auf die Bundestagswahlen, so wichtig?

In diesem Artikel erklären wir, was Fake News sind, wie Du sie erkennen kannst und warum es so wichtig ist, öfter mal genauer hinzuschauen.

Was bedeutet „Fake News“?

Der Ausdruck **Fake-News** setzt sich aus zwei Begriffen zusammen. "Fake" bedeutet "gefälscht" und "News" heißt "Nachrichten". Fake-News sind falsche oder manipulierte Nachrichten, die den Eindruck erwecken sollen, dass es sich um echte Informationen handelt. Dabei werden oft reißerische Schlagzeilen, stark übertriebene Aussagen oder gefälschte Bilder verwendet.

Sie können in Form von Nachrichten, Bildern, Videos oder Textnachrichten auftauchen. Diese werden oftmals in den Umlauf gebracht, um Menschen zu täuschen, Meinungen zu manipulieren oder Angst, Wut oder Verwirrung zu erzeugen.

Kurz gesagt: Fake News sind falsche Nachrichten, die Dich glauben lassen sollen, dass sie wahr sind – obwohl sie es nicht sind.



Wie erkenne ich Fake News?

	Real	Fake	Tipp
Ist die Information logisch und sinnvoll?	Ja, die Information klingt plausibel, realistisch und ist nachvollziehbar.	Nein, die Information ist unlogisch, widerspricht allem, was Du bisher weißt und klingt einfach unmöglich.	Schaue Dir an, ob es Beweise für die Information gibt. Ist sie überhaupt nachvollziehbar? Oder klingt sie zu gut (oder zu schlimm), um wahr zu sein? Stellst Du fest, dass logische Erklärungen fehlen oder verzerrt sind, dann handelt es sich vermutlich um eine Falschinformation.
Wird die Nachricht durch andere seriöse Quellen bestätigt?	Mehrere andere Quellen (Zeitungen, Behörden) berichten darüber.	Nur eine Quelle berichtet über diese Information, wird aber vielfach verbreitet.	Wenn eine Nachricht wirklich relevant ist, wirst Du sie auch in anderen vertrauenswürdigen Quellen finden. Wenn Du eine Nachricht nur auf einer Seite siehst, die Du nicht kennst, recherchiere, ob andere Quellen sie ebenfalls bestätigen.



	Real	Fake	Tipp
Enthält die Nachricht viele emotionale Reaktionen oder dramatische Sprache?	Nachricht ist sachlich und objektiv.	Nachricht ruft starke Emotionen wie Wut oder Angst hervor.	Fake News werden oft absichtlich so gestaltet, dass sie extrem emotionale Reaktionen hervorrufen. Der Grund dafür ist einfach: Wenn wir emotional reagieren – sei es durch Angst, Wut oder Freude – denken wir weniger nach und handeln impulsiver. Wenn eine Nachricht Dich stark aufwühlt, wird sie schneller verbreitet, ohne vorher gründlich geprüft zu sein. Manipulierende Informationen setzen auf genau diese Emotionen.

Was kann ich gegen Fake News tun?

- **Teile keine unbestätigten Informationen**

Vermeide es; unbestätigte Nachrichten in Deinen sozialen Medien oder Gruppen zu teilen. Nur weil eine Nachricht viral geht, bedeutet das nicht, dass sie wahr ist. Ganz im Gegenteil; je öfter Desinformationen wiederholt werden, desto tiefer verankern sie sich im Gedächtnis – egal ob wahr oder falsch.

- **Melde rechtsextreme und falsche / irreführende Inhalte**

Die genauen Schritte, um Inhalte zu melden, können je nach Plattform unterschiedlich sein, aber grundsätzlich bieten die meisten großen sozialen Netzwerke wie Facebook, Instagram, X oder TikTok einfache Möglichkeiten dazu. Ein weiterer Weg, um Inhalte zu melden, sind die Zentralstellen für strafbare Inhalte im Internet der Bundesnetzagentur, die mit dem BKA zusammenarbeiten.

Hier kannst Du ganz einfach politische motivierte Bedrohungen und Hasskommentare melden:

<https://meldestelle-respect.de/>

Wichtig: Achte darauf, Beweise zu sichern (z. B. Screenshots, Links oder andere relevante Daten), da diese bei der weiteren Untersuchung helfen können.

- Mache andere darauf aufmerksam, wenn sie Falschinformationen teilen
- Sei Dir bewusst, dass auch Dich eine ganz eigene Filterblase umgibt; nutze daher ein vielfältiges Medienrepertoire, das sich aus unterschiedlichen Quellen zusammensetzt, wenn Du Dir ein vielfältiges Bild von einem Sachverhalt machen möchtest

Faktencheck-Seiten – hier werden Fakten geprüft:

Mimikama

www.mimikama.at

Der Verein zur Aufklärung über Internetmissbrauch bietet Faktenchecks zu aktuellen Themen.

Greenkama

www.greenkama.org/

Die Initiative zur Klimateaufklärung und Umweltschutz ist ein Projekt von Mimikama. Hier gibt es Faktenchecks zu Umwelt- und Naturschutzthemen.

ARD-Faktenfinder

www.tagesschau.de/faktenfinder/

Der ARD-Faktenfinder greift aktuelle nationale und internationale Themen und Diskussionen auf. Dabei gibt er Hintergrundinformationen und überprüft Behauptungen.

Correctiv

<https://correctiv.org/>

Non-Profit Organisation, die sich für einen faktenbasierten Diskurs einsetzt.

Faktencheck der Deutschen Presse-Agentur

<https://www.dpa.com/de/faktencheck#aktuelle-dpa-fakten-checks>

Eigenständige Faktencheck-Redaktion der Deutschen Presse-Agentur, welche gezielt mögliche Falschbehauptungen untersucht und professionelle Faktenchecks erstellt.

Spannendes Material zum Thema:

spreu X weizen

<https://spreuweizen.de/>

Die Bildungsinitiative spreu X weizen bietet Material, Lehrgänge rund um das Thema.

Δ Text: Svenja Misamer
Foto: erzeugt mit Canva



Inklusive Forderungen

Ob in der Freizeit, der Schule, am Arbeitsplatz oder auch bei Klimathemen – es gibt kaum einen Lebensbereich, der nicht von den Ergebnissen der bevorstehenden Bundestagswahlen beeinflusst wird. Das heißt natürlich auch, dass für Menschen mit Behinderung die bevorstehende Wahl große Auswirkungen haben wird. Denn es werden die von uns allen gewählten Politiker*innen sein, die darüber entscheiden werden, unter welchen Rahmenbedingungen sich Deutschland in Zukunft überhaupt inklusiv und fair aufstellen kann.

Warum sind inklusive Themen gerade jetzt so wichtig?

Eine elementare, inklusive Rahmenbedingung ist die Barrierefreiheit im Alltag, sowohl im Bezug auf öffentliche Orte als auch auf den Zugang zu Informationen. Wie sollen alle Menschen selbstbestimmt und eigenständig leben, wenn Inklusionsversuche ausgebremst werden, weil die geeignete Infrastruktur fehlt? Es werden politische Entscheidungen über Ressourcen sein, welche die Selbstbestimmungsrechte behinderter Menschen direkt beeinflussen werden. Wir haben in der Vergangenheit erlebt, dass inklusive Forderungen oftmals mit der Begründung einer angespannten Haushaltssituation abgewiesen wurden.

Wir sind davon überzeugt, dass eine inklusive Haltung, also die Überzeugung, dass allen Menschen die Teilhabe an unserer Gesellschaft zusteht, ein Bestandteil unserer demokratischen Grundordnung und unserer Menschenrechte ist. Damit sehen wir Inklusion mit einer hohen Priorität.

Welche Inklusiven Forderungen gibt es?

Da Inklusion ein Thema ist, das viele unterschiedliche Menschen täglich betrifft, gibt es natürlich auch eine Vielzahl individueller Forderungen, die alle wichtig sind. Den Versuch einer Zusammenfassung aller Forderungen haben bereits im November 2024 die Fachverbände für Menschen mit Behinderung unternommen und dazu ein Papier aufgestellt. Dieses Papier haben wir uns anhand zweier Kernforderungen genauer angeschaut. Das komplette Papier gibt es unter diesem QR-Code:



Fachverbände

Die fünf Fachverbände für Menschen mit Behinderung repräsentieren ca. 90 % der Dienste und Einrichtungen für Menschen mit geistiger, seelischer, körperlicher oder mehrfacher Behinderung in Deutschland. Mehr Informationen unter: www.diefachverbaende.de



„Erhalt und Stärkung des solidarischen Sozialstaats“

Die Fachverbände fordern alle Parteien auf, sich eindeutig zu einem Sozialstaat zu bekennen, der die Rechte von Menschen mit Behinderung schützt und stärkt.“

Kommentar: Die Idee eines Sozialstaates wird oft als ein großes Netz verbildlicht, das in der Lage ist, alle Menschen aufzufangen. Wenn jemand fällt oder Hilfe braucht, sorgt das Netz dafür, dass diese Person nicht auf den Boden fällt, sondern Hilfen erhält. Für Menschen mit Behinderungen bedeutet ein solches Netz, dass sie die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, um am Leben teilzuhaben – ohne dass sie aufgrund ihrer Behinderung dabei benachteiligt werden. Ein Sozialstaat, der sich für die Rechte von Menschen mit Behinderung einsetzt,

sorgt also nicht nur dafür, dass niemand in Armut oder Not leben muss, sondern zugleich auch den Zugang zu den wichtigen Lebensbereichen wie Gesundheit, Bildung und Arbeit hat. Der Staat muss nach diesem Modell die geeigneten Bedingungen schaffen, dass das gelingt. Demokratiefeindliche Parteien stellen genau diese Vorstellung unseres Sozialstaates infrage. Sie lehnen eine inklusive Gesellschaft grundsätzlich ab und grenzen Minderheiten oder Menschen mit besonderen Bedürfnissen systematisch aus.

Dabei zeigen sich deutliche Ressentiments gegenüber Menschen mit Behinderungen. Daher ist es wichtig, bei politischen Versprechungen zu hinterfragen, wer tatsächlich profitiert oder ob bestimmte Menschen exkludiert werden.

„Konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“

Die Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention müssen vollständig umgesetzt und stärker in der nationalen Gesetzgebung verankert werden.“

Kommentar: In diesem Punkt geht es um das sogenannte „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“, kurz: „UN-Behindertenrechtskonvention“. Es ist ein internationales Abkommen, das sicherstellen soll, dass Menschen mit Behinderungen die gleichen Rechte haben wie alle anderen. Sie gilt in 189 Staaten und ausnahmslos alle Mitgliedsländer der EU haben die Konvention unterzeichnet. Schwerpunkt der Konvention ist Chancengleichheit und Selbstbestimmung, die Menschen mit Behinderung brauchen, um an der Gesellschaft teilhaben zu können.

Doch obwohl diese Vereinbarung 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurde und seit 2008 in Kraft ist, sehen viele Menschen weiterhin großen Handlungsbedarf. Dabei geht es vor allem um die gesetzliche Verbindlichkeit. Die Konvention hat in Deutschland bisher keinen gesetzlichen Status. Menschen mit Behinderung können in Deutschland aber nur die Rechte einklagen, die in den deutschen Gesetzen stehen. Deutschland hat sich aber dazu verpflichtet, seine Gesetze so zu ändern, dass sie zur Konvention passen. Die Umsetzung der UN-BRK erfordert also weiterhin eine starke politische Unterstützung.

Inwieweit die Konvention in unserer nationalen Gesetzgebung verbindlich verankert wird, hängt ganz maßgeblich von den Prioritäten der Parteien ab, die bei unserer Bundestagswahl gewählt werden.

Wie hängen diese Forderungen mit meinem Kreuz bei der Bundestagswahl zusammen?

Die Bundestagswahl 2025 ist nicht nur eine politische Entscheidung, sondern auch eine Chance, das Leben von Menschen mit Behinderung gerechter und inklusiver zu gestalten. Deshalb ist es besonders wichtig, bei der Bundestagswahl 2025 darauf aufmerksam zu machen, welche Parteien sich für eine inklusive und demokratische Gesellschaft starkmachen. Es geht darum, Parteien zu wählen, die nicht nur unsere Demokratie schützen, sondern auch die Rechte aller Menschen, einschließlich Menschen mit Behinderungen, verteidigen und fördern.

Du interessierst Dich fürs Thema und möchtest der DWJ dabei helfen, inklusiver zu werden?

Melde Dich gerne bei **Maike (Gillwaldt)** unserer Fachwartin für Inklusion bei der DWJ.

E-Mail: maike.gillwaldt@wanderjugend.de

△ Text: Svenja Misamer





Ihr seid gefragt

Warum sollten junge Menschen bei der Bundestagswahl 2025 ihre Stimme abgeben?



Weil sie ihre Interessen und ihre Bedürfnisse in Zukunft weiter in Sicherheit wissen wollen.

Tobi

Isabel: Die Stimmen junger Menschen sind genauso wichtig wie die Stimmen der restlichen Bevölkerung.

Lukas: Weil die Entscheidungen, die heute getroffen werden, für junge Menschen vermutlich die größten Auswirkungen haben, da sie am längsten mit ihnen auskommen müssen.

Torsten: Weil es ihr Recht ist, mitzubestimmen.

Marie: Da es wichtig ist, dass alle Bevölkerungsgruppen bei der Wahl angemessen vertreten sind und wir nur so unsere Zukunft mitbestimmen können.

Welche politischen Themen sind Dir besonders wichtig?

Adina: Für mich sind Nachhaltigkeit und Umweltschutz besonders wichtig.

Tom: Mir sind die politischen Themen Frieden, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftswohlstand äußerst wichtig.

Tabitha: Mir sind Themen wie Umweltschutz, Feminismus, soziale Unterstützung und Demokratie wichtig.

Umweltpolitik und Klimaschutz, rechts(extremistische) Tendenzen in der deutschen Politik, der Ukrainekrieg und die Bildungspolitik

Jakob



Hast Du das Gefühl, dass Du in der Schule oder im Alltag genug über Politik und Wahlen gelernt hast?

Kevin: Ja, auf jeden Fall. Es gibt im Alltag genug Möglichkeiten, sich aktiv über diese Themen zu informieren.

Neele: Kann man je genug über Politik lernen?

Kathrin: Nö, in der Schule nicht; im Alltag eigentlich schon.

Grundsätzlich gibt es schon genug Informationsangebote, man muss sie nur nutzen wollen. Aber es lohnt sich, an dieser Stelle mal etwas Zeit zu investieren.

Sophie



△ Zitate gesammelt von: Sophie Neckel



Verstärkung für den Bundesverband



Hallo, ich bin Lillian!

Ich bin Bildungsreferentin für nachhaltige Entwicklung, Studentin der „Ökologischen Ökonomie und nachhaltigen Entwicklung“ und ab jetzt Social-Media-Referentin bei der Deutschen Wanderjugend. Als Eure neue Ansprechpartnerin für Social-Media-Themen begleite ich Euch ab jetzt, und zwar von der Idee bis zum fertigen Post, Reel oder Story.

Mit meiner Arbeit möchte ich noch mehr junge Menschen für die Veranstaltungen, Aktionen und die Gemeinschaft der Wanderjugend begeistern – und das auf nachhaltige und kreative Weise. Am meisten freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen und auf gemeinsame Wanderungen.

Was Besonderes über mich: Ich wohne und studiere in Toulouse und arbeite anfangs remote, also von zu Hause aus. Aber ich bin schon unglaublich gespannt, viele von Euch persönlich am Wochenende der Jugendbeiratsitzung in Kassel im Februar kennenzulernen.

Wo verbringe ich die meiste Zeit? Im Zug, auf dem Fahrrad, im Wald, in den Bergen, auf Fahrradwegen und in Cafés.

Ich bin Spezialistin für: Zeltplatz- und Zug-Office – ich bin bekannt dafür, Online-Meetings an den unterschiedlichsten Orten abzuhalten.

Meine Schwächen: Kaffee, Fahrräder und Füße stillhalten.

Welchen Gegenstand kann ich nicht entbehren? Mein Fahrrad – ohne geht nicht.

Vor was habe ich Angst? Trompete spielen (wie gesagt: am liebsten ganz allein), ich bin gern unterwegs – zu Fuß, mit dem Rad, im Zug – und lerne dabei Menschen aus aller Welt kennen.

Was mache ich sonst noch gerne? Fremdsprachen lernen, Sport – draußen in der Natur sein.

Worüber denke ich oft nach? Wie wir nachhaltige Entwicklung nicht nur ökologisch, sondern auch auf sozialer Ebene weiter voranbringen können.

Ich freue mich riesig darauf, euch kennenzulernen und gemeinsam die Social-Media-Community der Wanderjugend mit Leben zu füllen.

Lillian Schnitzler

Referentin für Social-Media und nachhaltige Entwicklung

E-Mail: lillian.schnitzler@wanderjugend.de



ΔText und Foto: Lillian Schnitzler

25 Jahre Stiftung Wanderjugend



Vor 25 Jahren wurde die Stiftung Wanderjugend gegründet. Jahre vorher schon haben sich Interessierte und Begeisterte unter der Federführung des damaligen Geschäftsführers der Wanderjugend Kai W. Buhmann Gedanken gemacht, wie man die Jugendarbeit in all ihren Facetten fördern kann.

Beim Wandertag 1999 war es dann so weit. Die Gründung der Stiftung wurde beim Wandertag in Bad Schmiedeberg in der Dübener Heide bekanntgegeben. Mit vielen Aktionen wurde für das Gründungskapital geworben. So konnten einzelne Personen und Vereine / Institutionen als Gründungstifter gewonnen werden. Die Gründung selbst geschah auf dem darauffolgenden Wandertag 2000 in Schmalkalden.

Von der Gründung bis heute sind rund 350 Spenden und Zustiftungen eingegangen. Diese setzt sich aus 42 Vereinen / Institutionen und 81 Einzelspenderinnen und -spendern zusammen. Diese Spenden und Zustiftungen in Höhe von 157.000 Euro konnten direkt in den Kapitalstock überführt werden. Es waren nicht nur Großspenden wie z. B. von Herrn Henn über 5000 Euro, sondern auch

kleine Spenden, die Jahr für Jahr eingingen. Die Bremer Wanderfreunde haben z. B. über 20 Jahre kleinere Beträge gespendet, die sich mittlerweile auf 4.000 Euro aufgebaut haben. Vielen Dank an alle Spender*innen und Zustifter*innen.

Die Stiftung unterstützte bis heute die verschiedenen Gruppierungen der Wanderjugend in ganz Deutschland mit über 50.000 Euro für rund 90 Projekte. Gefördert wurden unter anderem die Anschaffung von Ausrüstungsmaterialien wie GPS-Geräte, Schneeschuhe, die Herausgabe von Büchern (z. B. FAIR.STARK.MITEINANDER., das Kochbuch „Ganz schön ausgekocht“ oder das Praxishandbuch „Junges Wandern“), das Bundeszeltlager, Insektenhotels, Jugendwanderwege, der Aufbau von Jugendgruppen und vieles mehr.

Zum 25-jährigen Jubiläum hat der Stiftungsrat beschlossen, beim kommenden Bundeswettbewerb als Hauptsponsor zu agieren und die Stiftung bekannter zu machen. Damit können wir auf breiter Ebene die Jugendarbeit fördern und unterstützen.

Vielen Dank an alle, die die Stiftung gefördert und unterstützt haben. Besonders allen, die stifteten und spendeten und denjenigen, die sich im Kuratorium oder Stiftungsrat mit ihrem Engagement für die Stiftung eingesetzt haben.

Δ Text: Wolfgang Walter (Vorsitzender Stiftungsrat)
Foto: Torsten Flader



Kassenprüfer*in gesucht!

Wir suchen eine*n engagierte*n Kassenprüfer*in für unseren Jugendverband. Werde Teil unseres Teams und unterstütze uns bei der transparenten und ordnungsgemäßen Verwaltung unserer Finanzen.

Bei Interesse und / oder Fragen melde Dich gerne bei uns:

Ansprechperson: Torsten Flader

E-Mail: info@wanderjugend.de

Telefon: 0561 4004980

Interview mit der Stiftung Wanderjugend, Hauptsponsor des Bundeswettbewerbs „Jugend wandert“

Stiftung
Wanderjugend



W + m: Liebe Lena, vielen Dank, dass Du uns ein paar Fragen beantwortest, magst Du Dich kurz vorstellen und erzählen, was Dich mit der DWJ und der Stiftung Wanderjugend verbindet?

Lena: Hallo Torsten, vielen Dank für die Möglichkeit. Ich stelle mich sehr gerne kurz vor. Ich bin Lena Hansen und studiere derzeit Gesundheitsmanagement im Master an der Hochschule in Aalen. Mit der DWJ verbindet mich, dass ich nach meinem Schulabschluss die Freude hatte, ein freiwilliges ökologisches Jahr dort zu machen. Über die DWJ habe ich auch die Stiftung Wanderjugend kennenlernen dürfen und freue mich, seit mittlerweile fast drei Jahren, ein Teil des Stiftungsrates zu sein.

W + m: Dann warst Du als Mitglied des Stiftungsrates also auch an dem Beschluss beteiligt, den Bundeswettbewerb zu fördern. Wie sieht denn das genau aus?

Lena: Genau, es ist angedacht, dass die Stiftung die Preisgelder übernimmt. Geplant ist, dass es drei Kategorien geben wird. Das werden zum einen Kindergruppen sein, bei denen der Großteil der Kinder unter 12 Jahren alt ist. Dann gibt es die Jugendgruppen mit einer Alterskategorie von 12 bis einschließlich 26 Jahren. Die dritte Kategorie bilden die Schulklassen. In all diesen Kategorien wird es einen 1., 2. und 3. Platz geben, der mit 1.500, 1.000 und 500 Euro dotiert ist.

W + m: Das sind ja richtig tolle Preise, da hoffen wir mal, dass viele Gruppen mitmachen werden. Warum ist Euch das als Stiftung so wichtig, den Bundeswettbewerb zu fördern?

Lena: Für uns als Stiftung ist es besonders wichtig, den Bundeswettbewerb zu fördern, da dieser eine einzigartige Möglichkeit bietet, Kinder und Jugendliche für das Wandern und die Natur zu begeistern. Wandern verbindet nämlich nicht nur Menschen mit der Natur, sondern stärkt auch den Teamgeist und sorgt für unvergessliche Erlebnisse.

Indem wir als Stiftung den Wettbewerb unterstützen, möchten wir den Kindern und Jugendlichen die Chance geben, ihre Kreativität und den Sinn für Abenteuer zu entdecken und gleichzeitig ein Bewusstsein für den Wert von Bewegung und Nachhaltigkeit in der Natur zu entwickeln. Wir sind davon überzeugt, dass dieser Wettbewerb dazu beiträgt, das Interesse an aktiver Freizeitgestaltung zu fördern. Daher freuen wir uns sehr darauf, viele motivierte Gruppen zu sehen.

→

W + m: Stimmt, das entspricht ja auch den Förderzielen der Stiftung. Allerdings sagt Ihr, Ihr würdet mehr als 11.000 Euro Preisgelder geben, da fehlt doch noch was?

Lena: Da hast Du vollkommen recht. Wir haben zusätzlich zu den bereits genannten Preisen noch drei Sonderpreise a 750 Euro ausgelobt. Diese werden in den Kategorien: Nachhaltigkeit, Demokratieförderung sowie Inklusion vergeben.

W + m: Warum ist Euch das wichtig, diese Bereiche noch einmal besonders hervorzuheben?

Lena: Die Bereiche Nachhaltigkeit, Demokratieförderung und Inklusion stehen jeweils für Werte, die auch uns als Stiftung besonders am Herzen liegen. Mit den Sonderpreisen möchten wir daher gezielt Gruppen auszeichnen, die einen besonderen Fokus auf diese Themen legen. Nachhaltigkeit, indem sie beispielsweise umweltfreundliche Wege gehen oder sich für den Schutz der Natur einsetzen. Demokratieförderung, indem sie zeigen, wie gemeinschaftliches Wandern den Austausch und das Miteinander stärkt und Inklusion, indem aufgezeigt wird, dass wirklich alle, unabhängig von individuellen

Voraussetzungen, mitwandern können. Indem wir die drei Kategorien besonders hervorheben, wollen wir die Aufmerksamkeit für diese wichtigen Themen schärfen und die Gruppen fördern, die mit ihren Ideen einen echten Unterschied machen.

W + m: Liebe Lena, vielen Dank für das Interview und noch einmal vielen herzlichen Dank für die Unterstützung des Bundeswettbewerbs „Jugend wandert“ durch die Stiftung Wanderjugend.

Lena: Sehr gerne; es hat mich sehr gefreut mehr über den Bundeswettbewerb und die Arbeit der Stiftung zu erzählen. Wir sind überzeugt, dass dieser Wettbewerb Kindern und Jugendlichen eine großartige Möglichkeit bietet, die Freude am Wandern zu entdecken. Wir freuen uns schon darauf, all die kreativen und engagierten Gruppen zu sehen. Vielen Dank Dir für das Gespräch und natürlich wünschen wir allen Gruppen viel Erfolg und ganz viel Spaß beim Mitmachen.

△ Dieses Interview wurde geführt von: Torsten Flader



Beiratsmitglied gesucht



Interessierst Du Dich für Jugendverbandsarbeit, Mitbestimmung, Wandern und Umweltschutz? Möchtest Dich in einem Jugendvorstand mit Reichweite für ganz Deutschland engagieren?

Wenn Du im Bundesjugendbeirat der DWJ aktiv bist, bist Du natürlich freiwillig und ehrenamtlich dabei. Trotzdem gibt es einige Vorteile, die für Dich in und auch außerhalb Deiner Mitarbeit im Bundesjugendbeirates gelten.

- Du kannst an den Aktionen des DWJ Bundesverbandes kostenlos teilnehmen
- Du bekommst ein qualifiziertes Zeugnis, was Du bspw. für Bewerbungen nutzen kannst
- Für Deine Mitarbeit erhältst Du eine jährliche Aufwandsentschädigung von 500 Euro
- Du bekommst eine Bahncard 50, die Du auch für Privatfahrten nutzen darfst
- Die Kosten für alle Fahrten zu den Treffen des Bundesjugendbeirates, sowie Übernachtung und Verpflegung übernimmt die DWJ für Dich

Der Bundesjugendbeirat bietet tolle Teamarbeit und ganz viel Spaß. Er besteht aus einem geschäftsführenden Vorstand (Bundesvorsitz, stellvertretender Bundesvorsitz, Finanzverwaltung) und vier Beisitzenden. Die Mitglieder des Bundesjugendbeirates sind zurzeit zwischen 20 und 36 Jahren alt.

Wenn Du einen Beisitzendenposten übernimmst, kannst Du erstmal schauen, was im Bundesjugendbeirat gerade läuft und natürlich eigene Ideen einbringen. Je nach Deinen Interessen und Zeitaufwand, kannst Du dann bei verschiedenen Punkten mitwirken.

- Mitarbeit in Arbeitskreisen
- Besuch von Veranstaltungen und Sitzungen der Mitgliedsvereine
- Texte verfassen für Publikationen der DWJ
- Entwicklung von (verbands-)politischen Strategien und Kampagnen
- Planung oder Hilfe bei der Umsetzung von Veranstaltungen

Du kannst Dich aber auch für einen Beisitzendenposten zur Wahl stellen, weil Du Dich mit einem bestimmten Schwerpunktthema einbringen möchtest, für das Du Dich besonders interessierst. Wenn Du Dich für die Mitarbeit im geschäftsführenden Vorstand interessierst, dann melde Dich bei uns, wir erläutern Dir gern welche Aufgaben dieser hat.

Die Aufnahme in den Bundesjugendbeirat erfolgt über Wahlen bei der Bundesdelegiertenversammlung (BDV) der DWJ. Die BDV ist die Jahreshauptversammlung und damit das höchste Gremium der DWJ, zu der einmal jährlich alle Vereine, Landesverbände und der Bundesvorstand zusammenkommen.

Die nächste Bundesdelegiertenversammlung findet vom 4. bis 6. April 2025 in Homburg (Saar) statt. Zurzeit ist ein Beisitzendenposten nicht besetzt, weshalb es dort Nachwahlen geben wird.

Die Amtszeit beträgt drei Jahre. Der Bundesjugendbeirat tagt dreimal jährlich in öffentlicher Sitzung, außerdem findet einmal jährlich eine interne Klausurtagung statt, sowie die Bundesdelegiertenversammlung. Dazu gibt es regelmäßige Videotreffen.

Wenn Du Interesse an einer Mitarbeit oder noch Fragen hast, dann melde Dich bei uns:
Bundesgeschäftsstelle: info@wanderjugend.de

Oder erfahre hier mehr: www.wanderjugend.de





Hallo, Glück auf und Ahoi im Erzgebirge



Dieses Mal fanden die Aktionen im Schnee über Silvester statt. Dabei gab es eine ganze Reihe Neuerungen. Unsere Schneewoche zog aus den Alpen ins Erzgebirge und zum ersten Mal war mit Prostor pro Rozvoj eine Partnergruppe dabei. Diese kommt aus Tschechien und hatte wie die DWJ ebenfalls Jugendleitungen und Jugendverantwortliche ab 16 Jahren dabei und somit wurde unsere Silvesterwoche ein internationaler Fachkräfteaustausch.

35 Personen reisten am 28.12.2024 aus dem ganzen Bundesgebiet und Tschechien nach Johanngeorgenstadt im Erzgebirge; mit dabei auch einige DWJlerinnen und DWJler aus Sachsen. Untergebracht waren wir im Schullandheim Johanngeorgenstadt auf knapp 900 Metern Höhe. Damit war auch gute Schneesicherheit gegeben und so wurden wir von einer weißen Landschaft begrüßt. Das Schullandheim bezogen wir in Selbstversorgung und direkt vor dem Haus begann der Erzgebirgshöhenzug mit Wanderwegen und Loipen.

Gespannt waren wir auf die Verständigungsmöglichkeiten, konnten doch nicht alle Tschechen Deutsch und die wenigsten Deutschen Tschechisch. Zum Glück hatten wir mit der Leiterin von Prostor pro Rozvoj, Kristýna Pregel oder kurz Tina, eine ausgebildete Sprachmittlerin dabei. Der erste Schritt, deutsch „Hallo“ und tschechisch „Ahoi“ zur Begrüßung war sehr einfach, dann waren wir aber mehr und mehr gefordert und konnten uns mit der Zeit immer besser verständigen. Den ersten Kennenlernschritt hatte es aber schon im Vorfeld gegeben, denn im November war die Gruppe bereits zu einem Videotreffen zusammengekommen.

Um gleich zum Start das Gruppengefühl zu stärken, war für den ersten Tag eine gemeinschaftliche Wanderung geplant. Durch verschneite Wälder ging es zum Naturschutzgebiet Kleiner Kranichsee, einem Hochmoor. Auch der Neujahrstag hielt eine Wanderung bereit, vom Schullandheim zogen wir auf den über 1.000 Meter hohen Auersberg und weiter zum Stausee Sosa.

Rund um Johanngeorgenstadt war die Kammloipe gut gespurt und so unternahm die Gruppe einige Fahrten im deutsch-tschechischen Grenzgebiet und bis zur Talsperre Carlsberg. Vielen Dank an dieser Stelle für die guten Tipps an Gabi Lorenz, die Vorsitzende des Erzgebirgsvereins.

Abfahrtski bzw. Snowboardfahren war dann auch noch im Programm, dafür ging es an den tschechischen Klinovic (Keilberg) mit seinen 1.244 Metern.

Das Programm bestand aber nicht nur aus Draußenaktivitäten, sondern auch aus Mitmachangeboten, wie Batiken oder Meditation, Schwimmen und Saunen und natürlich abendlichen Gesang, Spielen und Karaoke.

Kulturell haben wir uns mit der bewegten Geschichte Johanngeorgenstadts und des Erzgebirges beschäftigt. Beindruckend war der Besuch des Schaubergwerks Glöckl, in dem erst Erze gefördert wurden, man aber nach dem 2. Weltkrieg vor allem auf der Suche nach Uran war. Auf dem Weg dorthin schauten wir uns auch den weltgrößten Schwibbogen an.

Das Essen war in Selbstverpflegung organisiert und so hatten sich alle in Kleingruppen aufgeteilt und einen Essensplan erstellt. Jede und jeder war dann auch mal mit Kochen oder der Vorbereitung des Frühstücks gefragt und die Gruppe war begeistert, von den abwechslungsreichen deutsch-tschechischen Köstlichkeiten.

Begeistert von der erlebnisreichen Zeit und den neuen Freundschaften entstanden auch schon erste Pläne für weitere Begegnungen beider Gruppen. Spätestens zum europäischen Wandertreffen „Eurorando“ 2026 soll es dann so weit sein, dieses findet ebenfalls im Erzgebirge in der deutsch-tschechischen Grenzregion statt.



*Wir gestalten die gemeinsame Zukunft
Utváříme společnou budoucnost*

Finanziell ermöglicht hat diesen internationalen Fachkräfteaustausch das deutsch-tschechische Jugendwerk TANDEM, dafür vielen herzlichen Dank. Wir freuen uns schon auf weitere gemeinsame Treffen und das Vertiefen unserer Freundschaft.

△ Text: Torsten Flader
Fotos: Kathrin Bussmann, Mark Dettinger, DWJ Bundesverband





111 Jahre Jugend im Schwarzwaldverein: Und es geht weiter

Im Jahr 2024 feierte die Jugend im Schwarzwaldverein (Deutsche Wanderjugend im Schwarzwaldverein) ein bemerkenswertes Jubiläum: 111 Jahre engagierte Jugendarbeit. Der Verein wurde im Jahr 1913 ins Leben gerufen, um junge Menschen für die Natur und das Wandern zu begeistern.

Man erkannte früh die Bedeutung der Jugendförderung und wollte den jüngeren Generationen nicht nur die Schönheit des Schwarzwalds näherbringen, sondern auch ein Bewusstsein für Umweltschutz und Gemeinschaftsgefühl entwickeln. Die Initiierung der Jugendarbeit führte zu einer Vielzahl von Aktivitäten, darunter Wanderungen, Zeltlager und Bildungsangebote, die speziell auf die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen angepasst waren. Seither ist es unser Ziel, junge Menschen in die Natur zu führen, durch vielfältige Aktivitäten Sensibilität für den Naturschutz zu fördern und die sozialen Bindungen innerhalb der Gemeinschaft zu stärken. Von den Anfängen bis heute zeigt sich, wie die Jugend im Schwarzwaldverein nicht nur ein Ort der Erholung, sondern auch ein Raum für Bildung und persönliche Entfaltung ist.

Wir starteten mit der Jugendverbandversammlung im Februar produktiv in das Jahr 2024 und beschäftigten uns nach dem formellen Teil mit den Themen Jugendprogramm, 111-jähriges Jubiläum und jugendverbandspolitischen Themen. Danach war Zeit für einen „Realtalk“ über die aktuelle Situation der JSWV bezüglich Ehrenamts, Teilnehmenden und Ortsvereinen. So diskutierten wir in Kleingruppen, wie wir die Veranstaltungen und Aktionen des Vereins für alle Beteiligten noch attraktiver machen können. Im Anschluss wurde der Seminarraum umgebaut und neben leckeren Crêpes, kleinen Spielen und dem Ansehen alter Bilder wurde in feierlicher Stimmung auf das Jubiläumsfest angestoßen.

Als Dank für die langjährige engagierte Ehrenamtsarbeit verschickte der Vorstand kleine Jubiläumspakete, die den Teamenden eine Freude bereiteten.

Neben der Jugendverbandsversammlung und dem Jubiläum konnten wir eine Menge toller Veranstaltungen auf die Beine stellen. Somit ermöglichten wir vielen outdoor-begeisterten Kindern und Jugendlichen tierische Begegnungen im April bei der Alpakawanderung im Nordschwarzwald, die 2024 das erste Mal stattfand. Auch die Veranstaltung „Auf den Spuren von Robin Hood“ im Mai am Bodensee war ein voller Erfolg, bei der die Teilnehmenden, wie der Held selbst, im Wald untertauchten und den Umgang und Bau eines eigenen Bogens erlernten.





Ein spaßig-nasses Erlebnis gab es in den Pfingstferien bei der mehrtägigen Kanutour in Frankreich, die seit einigen Jahren immer gut ankommt. Nicht zu vergessen ist natürlich der jährliche Höhepunkt: Das Zeltlager an der Bockhornhütte in den Sommerferien. Dort verbringen jedes Jahr ca. 150 Kinder und Jugendliche eine unvergessliche Zeit inmitten der Natur des Hochschwarzwaldes. Neben Spiel und Spaß werden auch enge Freundschaften geknüpft. Ebenfalls werden Jahr für Jahr am Bockhorn Verbesserungen an der Infrastruktur vorgenommen, und was vorerst noch wilde Gedankenspiele waren, konnte 2024 endlich in die Tat umgesetzt werden. An einem Wochenende wurden mit vereinten Kräften neun Solarpaneele auf dem Dach der Bockhornküche montiert, angeschlossen und in Betrieb genommen.

Durch die Paneele spart jedes Lager ca. 120 Liter Sprit des Stromaggregates ein und sie ermöglichen lärmfreien und reibungslosen Betrieb rund um die Uhr. Ermöglicht werden konnte dies durch ein klasse Team des Zeltlagers „Lagerfeuer“ und durch die finanzielle Unterstützung des Fördervereins sowie Spenden der Mitglieder des Vereins.

Besonders freuen wir uns darüber, dass wir die Chance hatten, das Jugendfestival im September erneut aufblühen zu lassen. Die Veranstaltung, die durch die Pandemie ausfallen musste und auch in den darauffolgenden Jahren nicht zustande kam, konnte im September im schönen Ort Oberkirch im Mittelschwarzwald in gemütlicher Runde mit Schnitzeljagd, Spielen, Musik, Basteln und natürlich Lagerfeuer und Stockbrot stattfinden. Doch auch das war noch nicht alles. Im November wurde offiziell die JSWV-Schule für Hexerei und Zauberei eröffnet, bei der die kleinen und großen magiebegeisterten Teilnehmenden ein Wochenende voller zauberhafter Erlebnisse erleben durften. Außerdem legte sich der Vorstand erneut ins Zeug, um den kostenfreien Europaparkbesuch für alle, die eine JugendLeitungsCard haben, zu ermöglichen.

Das 111-jährige Bestehen des Vereins ist nicht nur ein Anlass zum Feiern, sondern auch ein wertvolles Zeugnis für die anhaltende Bedeutung von Naturverbundenheit, Gemeinschaft und der Förderung junger Menschen – Werte, die auch in Zukunft lebendig bleiben sollen. Ein großes Dankeschön an alle, die mithelfen, mit Freude und neuen Ideen das Bestehen der Jugend im Schwarzwaldverein zu erhalten.

△ Text: Sarah Piekert
Fotos: JSWV





Drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung



Beim Thema Nachhaltigkeit kommt vielen Menschen zunächst der Umweltschutz in den Sinn. Eine nachhaltige Entwicklung bezieht sich aber auf 3 Bereiche: Ökologie, Ökonomie und Soziales. Es ist also viel mehr als eine ressourcenschonende Lebensweise, sondern bezieht auch wirtschaftliche und soziale Aspekte gleichrangig mit ein.

Es handelt sich um ein ganzheitliches Zukunftskonzept. Demokratie ist ein Teil unseres sozialen Miteinanders und die Basis einer nachhaltigen Entwicklung. Demokratie lebt von Vielfalt. Und von der Achtung, die dieser Vielfalt entgegengebracht wird. Die Kunst besteht darin, aus dieser Vielfalt in wechselseitiger Achtung eine Entscheidung zu generieren. Entscheidungen müssen leider ständig gefällt werden: Was wird beim nächsten Gruppentreffen gespielt? Was essen wir auf der Trekkingtour? Welche Regeln des Miteinanders sind uns wichtig? Oder: Wie lösen wir diesen Konflikt?

Mit der Methode des **Systemischen Konsensierens** (das ist der Fachbegriff für konsens-orientierte Entscheidungsfindung. Konsens = übereinstimmende Meinungen) ist es möglich, dass eine Gruppe tragfähige Entschlüsse fasst und gleichzeitig Konflikte vorbeugt. Und da ein konfliktarmer Miteinander das Allerschönste ist, möchte ich Euch ermutigen, diese Methode mal auszuprobieren.

Systemisches Konsensieren – Wie funktioniert das?

Grundsatz: Es wird nicht die Zustimmung für, sondern der Widerstand gegen einen Vorschlag gemessen. Die Idee dahinter erfordert ein Umdenken und lautet: Nicht eine (oft nur relative) Mehrheit für, sondern der geringste Widerstand gegen einen Vorschlag ist entscheidend. Es wird also nicht gefragt: „Wofür sind die meisten Personen?“, sondern „Bei welchem Vorschlag nehmen wir die meisten Personen mit?“ oder „Was stört am wenigsten?“ Und allein diese veränderte Frage macht was mit der Gruppe. Gruppen, die über längere Zeit mithilfe des Systemischen Konsensierens ihre Entscheidungen treffen, entwickeln dadurch eine achtsame und wertschätzende Arbeitskultur.

Verfahrensprinzip: Jede*r gibt zu jedem Vorschlag seinen persönlichen Widerstandswert (0-5) an. Der Vorschlag mit dem geringsten Widerstand gewinnt.

Im Detail:

1. Jede*r Teilnehmende*r überlegt sich eine Lösung.
2. Jede*r darf eine Meinung vorschlagen. Es wird jeder Vorschlag notiert. Verständnisfragen dürfen jederzeit gestellt werden.
3. Die Teilnehmenden versuchen, für jeden Vorschlag den inneren Widerstand zu erfühlen und ihm auf einer Skala von 0 (keine Ablehnung) bis 5 (starke Ablehnung) eine Zahl zuzuordnen.

4. Die Gesprächsleitung nennt der Reihe nach die Vorschläge und schreibt daneben die Zahl von jeder Person auf. Sind alle Vorschläge bewertet worden, werden die Zahlen je Vorschlag zusammengezählt. Hier können auch alle Teilnehmenden mithelfen.

5. Die Gesprächsleitung gibt den Vorschlag mit dem geringsten Wert als Gruppenentscheidung bekannt. Enthält der Vorschlag eine oder mehrere 5en, sollte dies als Veto gewertet werden und in Abstimmung mit der Gruppe den Vorschlag mit dem nächsthöheren Wert, aber ohne 5en gewählt werden.

Variationen:

- Die Abstimmung kann auch blind mit Handzeichen erfolgen, um eine Beeinflussung durch gruppenspezifische Prozesse auszuschließen. Dann die Zahlen nicht in der Reihenfolge der Sitzenden aufschreiben.
- Die Abstimmung kann auch per Internetanwendung stattfinden: www.konsens.it/de/
Hier finden sich auch noch mehr Infos zum Verfahren.
- Begleitende Reflexionen sind sinnvoll, da das Verfahren erst eingeübt werden muss: Welche Erfahrungen habt Ihr / hast Du mit dieser Entscheidungsform gemacht? Ist Deine Lösung genommen worden? Wie geht es Dir mit der gefundenen Lösung? Etc.

△ Text: Annika Kläger (Arbeitskreis Nachhaltigkeit)

auf | tour



Jahresprogramm

Lehrgänge und Freizeiten

Deutsche Wanderjugend DWJ

Du willst 2025 mit uns #gemeinsamunterwegs sein?



Hier geht es zu unserem Jahresprogramm auf | tour

Lehrgang Jugendwanderführung



Begeistere Jugendliche
für Draußenaktivitäten

Termin: 07. - 09.03.2025
Ort: Heidelberg

Anmeldeschluss:
20.02.2025

Lehrgang Vom Stamm bis zur Frucht



Äpfel neu entdecken:
Wissen, Erleben,
Genießen

Termin: 23.03.2025
Ort: Aschaffen-
burg-Damm

Anmeldeschluss:
23.02.2025

Lehrgang JuLeiCa I



Basiswissen für
Jugendleitungen

Termin: 28. - 30.03.2025
Ort: Wildemann (Harz)

Anmeldeschluss:
20.02.2025

OUTDOOR
Wanderführer
Nina Rühlig
Portugal: Fischerweg
von der Praia de São Torpes bis Lagos

OUTDOOR
Bestwissen für draußen
Rüdiger Krammer
Karte • Kompass • GPS

OUTDOOR
Regional
Fjordnorwegen
25 Wanderungen zwischen
Ålesund und Jostedal

OUTDOOR
Wanderführer
Ingrid Koberalt
**Wales:
Pembrokeshire Coast Path**

OUTDOOR
CONRAD STEIN
VERLAG

Erhältlich im Buchhandel, in Ausrüstungsläden oder direkt auf www.conrad-stein-verlag.de

Die nächste **WALK & MORE** beschäftigt sich mit dem Thema
„Wandern“ und erscheint im Sommer 2025

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend